

Sitzungsvorlage für die Samtgemeinde Elm-Asse

| Beratungsfolge | Öffentlichkeits-sta-tus | Aufgabe |
|--------------------------|--------------------------------|----------------|
| Samtgemeindevorstand | nicht öffentlich | Vorberatung |
| Samtgemeinderat Elm-Asse | öffentlich | Entscheidung |

Betr.: Mitwirkung der SG Elm-Asse in einem neuen Beteiligungsprozess im Rahmen der Stilllegung der Schachanlage Asse II

Beschlussvorschlag:

1. Der Samtgemeinderat nimmt die Ergebnisse der Beratungen mit den regionalen Akteuren zur Neuaufstellung eines Beteiligungsprozesses zur Rückholung der atomaren Abfälle aus der Schachanlage Asse II zur Kenntnis.
2. Der Samtgemeinderat stellt fest, dass hieraus kein verändertes Beteiligungsformat hervorgegangen ist, welches etwas an der am 21.03.2023 signalisierten Beschlusslage ändert.
3. Der Samtgemeinderat bekräftigt somit durch Beschluss, dass die Samtgemeinde Elm-Asse an keinem weiteren Beteiligungsprozess zu Asse II mitwirken wird, sollten die bisherigen als Resolution verfassten Forderungen, insbesondere die Forderung nach einem fairen Vergleich mit Asse-fernen Standorten für ein Zwischenlager, auch weiterhin ignoriert werden.
4. Der Samtgemeinderat bittet den Landkreis Wolfenbüttel, einen Vorschlag für ein gemeinsames transparentes Informations- und Diskussionsformat zu Asse II zu erarbeiten.

Berichterstatter/in: Herr Neumann

Begründung:

Der Rat der Samtgemeinde Elm-Asse hat in seiner Sitzung am 21.03.2023 folgenden Beschluss gefasst.

„Der Samtgemeinderat bekräftigt die aus den vorliegenden Anträgen der Gruppe und der CDU-Fraktion hervorgehende richtungsweisende und vom Samtgemeindebürgermeister bekräftigte Kernaussage, sich seitens der Samtgemeinde Elm-Asse an keinem weiteren Begleit- oder Beteiligungsprozess zu Asse II mehr zu beteiligen, sollten die bisherigen Forderungen des Samtgemeinderates auch weiterhin ignoriert werden.“

Eine abschließende Beschlussfassung im Samtgemeinderat ergeht, sobald der inhaltliche Rahmen für den beabsichtigten neuen Beteiligungsprozess vorliegt und dieser bewertet wurde, spätestens in der Sitzung des Samtgemeinderates am 04.07.2023. Hierfür ist ein zwischen den Fraktionen abgestimmter Beschlussvorschlag zu erarbeiten.“

Der Kreistag hat am 17.04.2023 folgenden Beschluss zur Neuaufstellung eines Beteiligungsprozesses zur Rückholung der atomaren Abfälle aus der Schachanlage Asse II gefasst:

„1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, in dem von ihm für den bisherigen Begleitprozess mandatierten Strukturen mit dem BMUV, dem NMU und der BGE unter Moderation eines unabhängigen, in der Organisation von Beteiligungsprozessen im öffentlichen Bereich erfahrenen Mediationsteams, ein qualitativ neues Beteiligungsmodell zu entwickeln. Das Verhandlungsmandat orientiert sich an den in der Begründung genannten Gesichtspunkten. Der Kreistag wird nach Vorliegen des Beteiligungsmodells darüber erneut beraten und beschließen.

2. Der Kreistag bittet die Stadt Wolfenbüttel und die Samtgemeinden Elm-Asse und Sickinge, sich an dieser Lösungssuche zu beteiligen.“

Es erfolgte aufgrund dieser Beschlusslagen eine intensive Beratung in mehreren Workshops mit den regionalen Akteuren. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Bereitschaft der Akteure zu einer Mediation ist nicht gegeben.
- Angesichts der bisherigen Erfahrungen im Begleitprozess und des andauernden Konfliktes um einen fairen Standortvergleich für ein Zwischenlager wird die Neuaufstellung eines qualitativ neuen Beteiligungsprozesses derzeit kritisch gesehen.
- Die Situation wird so eingeschätzt, dass die Zwischenlagerfrage nur durch politische Interventionen zu lösen ist.
- Erst nach abschließender Klärung dieser Frage, kann es gegebenenfalls einen neuen Anlauf für einen qualitativ neuen Beteiligungsprozess geben.
- Bis dahin, so die Erwägung, könnte ein Fachausschuss auf Landkreisebene die Fragen rund um die Rückholung der atomaren Abfälle aus der Asse bündeln und behandeln.

Es ist festzustellen, dass nicht nur der bisherige Begleitprozess zum Jahresende 2022 beendet wurde und gescheitert ist, sondern auch die Entwicklung eines qualitativ neuen Beteiligungsprozesses aktuell nicht realistisch ist, weil der Konflikt um einen fairen Standortvergleich für das Zwischenlager nicht gelöst ist. Zudem ist das Vertrauen in die verantwortlichen Akteure weiter nicht gegeben.

Der Besuch von Frau Ministerin Lemke machte noch einmal sehr deutlich, wie die Bundesebene zu dem eingeforderten Standortvergleich steht. Die Äußerungen der Ministerin waren phasenweise befremdlich und führten uns noch einmal klar vor Augen, dass das BMUV den nunmehr ausgewählten Zwischenlagerstandort als gesetzt ansieht und kein Interesse daran hat, sich einem Standortvergleich hinzugeben. Die Worte der Ministerin *„...wenn sich die Samtgemeinde Elm-Asse weigert, den Zwischenlagerstandort im Kuhlager zu akzeptieren, muss der atomare Müll im Schacht verbleiben, da sich keine andere*

Kommune freiwillig melden wird...“, waren recht schockierend und zeigen auf, über welche kommunale Mitwirkungsebene wir zurzeit sprechen.

Auch die Art und Weise, wie das Land Niedersachsen – vertreten durch das Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig (ArL) – im Rahmen des Raumordnungsverfahrens die Anregungen und Bedenken der Samtgemeinde Elm-Asse, des Landkreises Wolfenbüttel und der damaligen „A2B“ zu ernsthaft in Betracht kommenden Standortalternativen im Sinne des § 15 Absatz 1 Satz 2 ROG würdigt, trägt nicht dazu bei, die Konflikte sachgerecht zu bearbeiten. Es ist nicht vertrauensbildend, wenn das ArL bei der Festlegung des räumlichen und sachlichen Untersuchungsrahmens in keiner Weise auf die entsprechenden Anregungen und Bedenken eingeht.

Vor dem Hintergrund, dass in nächster Zeit kein neuer Beteiligungsprozess absehbar ist, sollte eine gemeinsame transparente Informations- und Diskussionssebene geschaffen werden. Die Einrichtung eines Fachausschusses „Asse II“ auf Kreisebene wäre beispielsweise eine Möglichkeit, über die Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II im Rahmen kommunalpolitischer Legitimation zu unterrichten und erforderliche Beratungen unter Beteiligung der Samtgemeinden Elm-Asse und Sickte und der Stadt WF durchzuführen. Damit könnte sichergestellt werden, dass Information, Transparenz und Diskussion über die vielfältigen Themen im Zusammenhang mit der Rückholung des Atommülls stattfinden kann – unabhängig von den von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) angebotenen Formaten und formellen Beteiligungen durch Genehmigungsbehörden. Dabei könnte die zivilgesellschaftliche Perspektive durch die Benennung von beratenden Mitgliedern im Fachausschuss berücksichtigt werden.

Die notwendigen Beratungen zu Asse II in den Gremien der Samtgemeinde Elm-Asse bleiben hiervon selbstverständlich unberührt.

Zur Klärung von Fachfragen, zur Verdeutlichung von Zusammenhängen aber auch zur sachgerechten Diskussion und zum Austausch der kommunalen Ebene mit der BGE auf Augenhöhe braucht es fachliche Expertise, die in vielen Fällen nicht in der Verwaltung vorhanden ist. Hierzu muss Expertenwissen zur Verfügung gestellt werden. Die Rückholung kann aus regionaler Sicht nicht allein der BGE überlassen werden!

Da die Problematik der Entsorgung atomarer Abfälle der Region „vor die Haustür gekippt“ wurde, besteht die Erwartung, dass die Bundesrepublik Deutschland die Finanzierung dieser erforderlichen fachlichen Expertise trägt. Dazu sollen entsprechende Gespräche mit der BGE bzw. dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) geführt werden.

Abschließend bleibt festzustellen, dass sich in den vergangenen Wochen/ Monaten das Gefühl, als betroffene Region nicht gehört zu werden, verfestigt hat und derzeit keine Zeichen für einen ernst gemeinten Beteiligungsprozess erkennbar sind. Es wird daher gebeten, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Dirk Neumann